

„Zuwanderer wie Bittsteller behandelt“

Migrationsforscher Bade über unhöfliche Bürokraten und die beratungsresistente Politik

In den 80ern wurde der Migrationsforscher Klaus J. Bade wegen seiner Vorschläge oft noch belächelt – heute sind sie politischer Konsens. Nach drei Jahren tritt der 68-Jährige, der lange in Nürnberg lebte, als Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) zurück. Und meldet sich nun wieder provokanter zu Wort.

Herr Bade, ständig ist die Rede von einer neuen Willkommenskultur – trotzdem fühlen sich viele Migranten nach der Einreise gar nicht willkommen. Woran liegt das?

Bade: Oft werden einladende Internet-Portale mit wenig einladenden Ämtern verwechselt. Was soll das ganze Willkommens-Gedöns im Netz, wenn qualifizierte Zuwanderer im Ausländeramt oft immer noch herablassend wie Bittsteller behandelt werden? Ausgerechnet in Behörden werden nach unseren Untersuchungen heute die meisten Diskriminierungsgefühle erzeugt. Und die „Kunden“ wagen es nicht, sich zu beschweren. Das ist ein Skandal in einem Land, das sich für Zuwanderer attraktiv machen will.

Heute ist oft von „vorausschauender Integration“ die Rede. Sie prägten auch den Begriff der „nachholenden Integrationspolitik“ – als Kritik an Versäumnissen. Wo stehen wir jetzt?

Bade: Bis heute muss mit nachholender Integration kostspielige Reparaturpolitik betrieben werden – weil vieles versäumt worden ist. Ich habe schon Anfang der 1980er Jahre klare Konzepte für Zuwanderungssteuerung und Integrationsförderung verlangt. Ich habe, ebenso vergeblich, davor gewarnt, Integration als „gesellschaftspolitisches Problem ersten Ranges“ zu unterschätzen. Darüber haben sich damals viele aus vermeintlich höherer politischer Warte mokiert. Heute betreiben sie endlich auch vorausplanende Integrationspolitik. Dieser Begriff ist übrigens auch von mir.

Wie steht Deutschland im Gegensatz zu anderen EU-Staaten da?

Bade: Trotz aller Versäumnisse ist Integration in Deutschland heute viel besser als ihr Ruf im Land, auch im internationalen Vergleich. Die eigentliche Leistung kam aber nicht aus den



Berät auch immer wieder die Politik: Klaus J. Bade, der heute in Berlin lebt. Foto: privat

politischen Führungseliten auf Bundes- und Länderebene – die waren lange eher hinderlich mit ihren wirklichkeitsfremden Blockadekonzepten im Sinne des Tabu-Mottos „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Die Bürger waren es, die jeden Tag tatsächlich zur Integration beigetragen haben, gestützt von den Kommunen und deren Integrationsbeauftragten.

Was hat Sie in all den Integrationsdebatten am meisten geärgert?

Bade: Die Beratungsresistenz der Regierungen. Das hat sich erst im letzten Jahrzehnt geändert, in dem migrations- und integrationspolitisch viel mehr bewegt wurde als in allen vier Jahrzehnten davor. Viele wissenschaftliche Ratschläge, die früher mit lautstarkem populistischem Klamauk zurückgewiesen wurden, sind später stillschweigend umgesetzt worden. Dass vieles Jahrzehnte früher leichter, besser und billiger machbar gewesen wäre, will hinterher natürlich keiner wissen. Politiker, die zu ihren Fehlleistungen stehen, sind eine seltene Gattung.

Viele Migranten zögern, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden, weil sie ihre ursprüngliche dann verlieren. Finden Sie diese Entscheidungspflicht richtig?

Bade: Nein – das Optionsmodell war und ist eine komplette Fehlentscheidung. Natürlich fehlt es oft auch an zureichender Information, was für Vorteile die deutsche Staatsbürgerschaft bietet. Aber richtig wäre gewesen, die doppelte Staatsangehörigkeit auch Nichtangehörigen der EU anzubieten. Das war im rot-grünen Gesetz-

entwurf 1990 vorgesehen; die CDU/CSU hat es aber bekämpft wie das Fegefeuer. Dann hat die FDP das Optionsmodell vorgeschlagen – dass Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt im Land erwerben können und sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr entscheiden müssen. Sonst wäre die ganze Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gescheitert.

Zehntausende Geduldete leben seit Jahren in Deutschland, bleiben aber meist am Rande der Gesellschaft. Muss die Politik mehr tun, um diese Menschen zu integrieren?

Bade: Kettenuldungen über Jahre hinweg sollten, ohne inhumane Entscheidungszwänge, schon lange abgeschafft werden, laufen aber immer wieder aufs Neue auf. Da geht es bei der Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel manchmal um eine Quadratur des Kreises: Duldung ist nur die Anerkennung der Tatsache, dass ein abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber aufgrund besonderer Umstände gerade nicht abgeschoben werden kann. Die Integration am Arbeitsmarkt ist so fast unmöglich. Politik sollte deshalb im Rahmen des Möglichen versuchen, die Existenzbedingungen und damit vor allem die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Noch schlechter als Geduldete sind Asylbewerber dran.

Bade: Für sie habe ich klare Vorschläge, erstens: Schafft endlich anständige Lebensbedingungen, die nicht „verlockend“, aber menschlich vertretbar sind. Die ausgrenzende Lagerhaltung von Asylbewerbern, die man selbst bei Legehennen bekämpft, muss ebenso weg wie ihre finanzielle Unterversorgung. Zweitens: Lasst die Asylbewerber früher arbeiten, damit sie die Kosten ihres Aufenthalts selber erwirtschaften können. Das wollen sie meistens selber. Mit diesem Konzept wäre der Import von Asylsuchenden in Gegenden ohne Arbeit erledigt – und auch das Konfliktpotenzial, das damit verbunden ist.

Interview: SARAH BENECKE